



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, den 3. Mai 1887.

Nr. 203.

Deutschland.

Berlin, 2. Mai. Der Kaiser wird auch in diesem Jahre wieder den Frühjahrs-Besichtigungen beim Gardekorps beiwohnen und sich zunächst am morgigen Dienstag nach Potsdam begeben, um im dortigen Lustgarten die Bataillone des 1. Garderegiments noch zu inspizieren. Es ist dies ein genügender Beweis von der ausgezeichneten Gesundheit, deren sich der greise Monarch erfreut. Ueber die diesjährigen Badereisen des Kaisers verlautet noch nichts Näheres, jedenfalls dürfte die Abreise von Berlin nicht vor Mitte Juni erfolgen. Am Sonntag Mittag wurden dem Kaiser beim Aufziehen der Wache wieder stürmische Ovationen dargebracht. Bei dem herrlichen Frühjahrswetter war der Platz um das Denkmal Friedrichs des Großen mit einer vielhundertköpfigen Menge besetzt, welche in stürmische Hochrufe ausbrach, als der Monarch, während die vom 3. Garde-Regiment gestellte Wache unter den Klängen eines Marsches unter den Fenstern des Palais desillirte, sich in seinem Arbeitszimmer zeigte.

Prinzregent Luitpold ist zu einem Besuche der Provinzen Oberfranken, Mittelfranken, Oberpfalz und Niederbayern mit den Ministern v. Lutz und v. Feilich und mit den obersten Hofchargen gestern Nachmittag 2 Uhr nach Bamberg abgereist. Die Prinzen des königlichen Hauses, die Generalität und die städtischen Behörden waren zur Verabschiedung auf dem Bahnhof anwesend; von der zahlreich versammelten Bevölkerung wurde der Prinzregent mit lebhaften Hochrufen begrüßt.

Wie man der „Nat.-Ztg.“ berichtet, hat die Branntweinsteuer-Vorlage in den Bundesrathsausschüssen zu umfassenden Debatten geführt. Die erste Sitzung hat über 5 Stunden gedauert und es heißt, daß die süddeutschen Staaten viele Abänderungen der ursprünglichen Vorlage zu einer Verständigung gelangte. Die Vorlage ist noch nicht an den Reichstag gelangt; es scheint, daß die Feststellung der Motive und einer Anzahl von Tabellen, welche als Anlage beigefügt sind, die Ueberweisung an den Reichstag verzögert, so daß die Bertheilung vielleicht erst morgen erfolgen kann. Nichtsdestoweniger ist zu erwarten, daß Ausgang dieser Woche die erste Berathung stattfinden kann.

Zur Abwechslung läßt die englische Regierung wiederum eine Nachricht über die ägyptische Frage in die europäische Presse gelangen. Der dem Ministerium Salisbury nahestehende

„Observer“ „glaubt“ annehmen zu dürfen, daß der Vorschlag Drummond Wolffs, die britischen Truppen aus Ägypten innerhalb fünf Jahren herauszuziehen, an zwei Bedingungen geknüpft sei, einmal, daß nichts in dieser Zeit vorgehe, wodurch eine Fortsetzung der britischen Okkupation notwendig werde, und zwar solle über die Frage dieser Nothwendigkeit allein die britische Regierung entscheiden. Zweitens sollten die Engländer von dem Sultan ermächtigt werden, nach Ägypten zurückzukehren mit Ausschluß einer jeden anderen Macht und sogar der Türkei, für den Fall, daß dort innere Unruhen sich erneuern oder ein so großer Rückstand in der Einhaltung der ägyptischen Verpflichtungen eintreten sollte, daß eine Intervention Europas notwendig würde.

Diese „zwei Bedingungen“ Sir Drummond Wolffs würden den Engländern für alle Zeiten den Besitz des Pharaoenlandes sichern; es ist darum schwer zu glauben, daß Frankreich so ohne Weiteres sein Ja und Amen dazu sagen würde. Uebrigens sorgen auch die Sudanesen wieder dafür, daß die Engländer sich nicht allzu ungestört ihres Besitzes erfreuen können. Es depechirt General Chermise aus Sarras wie folgt:

Am 27. April Nachmittags empfing ich die Meldung, daß etliche Hundert Derwische unter Nur El Kunzi Sarras besetzt und Vorpösten in Gemai ausgestellt hätten. Gegen Sonnenuntergang marschirte ich mit einer Kolonne von Wady Halsa ab. Das berittene Korps und die irregulären Truppen besetzten Sarras bei Tagesanbruch am 28. v., unterstützt eine Stunde später von 300 Mann des 9. Bataillons. Die Derwische hatten eine sehr starke Stellung inne, die im Handgemenge höchst tapfer genommen wurde. Die Derwische kämpften hartnäckig und hielten eine Zeit lang die erste Angriffslinie in Schach. Gegen 7^{1/2} Uhr Morgens war die Stellung genommen. Die Derwische ließen über 150 Tode auf dem Platze, darunter Nur El Kunzi, während 10 Standarten, Waffen, das Zeltlager, die Munition und die Korrespondenz erbeutet wurden. Auf der Verfolgung wurden weitere 40 getödtet. Unsere Verluste beziffern sich auf etwa 40 Tode und Verwundete, darunter 2 Offiziere. Einzelheiten später.

Wenn man von obiger Depeche die allbekanntesten englischen Ausschnidereien abzieht, so sieht das Schamügel bei Sarras wie eine tüchtige Schlappe der Engländer aus.

Für die neue Stelle eines Vicepräsidenten beim Reichsbank-Direktorium ist im Bundesrathe der Reichsbankdirektor Geh. Ober-Finanzrath

Böse in Vorschlag gebracht worden. Die Ernennung dürfte binnen Kurzem erfolgen.

In Leipzig haben einige dort studirende Russen den General Kaulbars besucht, und der tapfere Krieger hat ihnen sein Herz ausgeschüttet, daß man ihn, bezw. seine Thätigkeit in Bulgarien gar so sehr verkannt, verlästert und verleumdet habe. Der Herr von Kaulbars nahestehenden „Post“ sind darüber „folgende authentische Mittheilungen von betheiligter Seite“ gemacht worden:

Zunächst betonte der General ausdrücklich, daß wohl niemals über einen Menschen auf dem Erdenrund so viel geredet, so ungeheuerliche Behauptungen in der Presse, namentlich in der deutsch-österreichischen und englischen, aufgestellt worden seien, als über ihn. Alles sei erlogen, was man von seiner thätigen Theilnahme an bulgarischen Verschwörungen behauptet; er habe nichts gethan, als den Auftrag seines kaiserlichen Herrn vollzogen, und auch gar nicht nöthig gehabt, mit russischem Gelde Aufwiegelungen gegen die bulgarische Regierung anzusetzen; die fortwährenden Unruhen seien nichts weiter, als der freiwillige Ausbruch der Volksmeinung und des allgemeinen Unwillens über die leitenden bulgarischen Staatsmänner, denen nicht weniger als Alles an der Befähigung fehle, die Geschichte eines Staates zu lenken. „Wenn nur der gebtete Theil dessen wahr wäre“, so sagte der General wörtlich, „was in den Journalen von mir an Schlichtigkeiten erzählt worden ist, müßte ich mich in der That fürchten und schämen, mir selbst vor die Augen zu treten.“

Von Fürst Alexander erklärte Kaulbars, daß derselbe im Interesse der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens hätte beiseite gelassen werden müssen. (!) Daß er (Fürst Alexander) die russische Autorität in Bulgarien nicht gebührend respektirt, sei ihm nicht so hoch anzurechnen; er habe aber die Absicht gehabt, unter Verleugung der Berliner Abmachungen, sich zum Herrscher eines großen vereinigten Staates, der die ganze Balkanhalbinsel umfassen sollte, empor zu schwingen, und zu diesem Zweck die weitgehendsten und gefährlichsten Konspirationen in Fluß gebracht. Dieses Beginnen des Fürsten habe Rußland natürlich nicht stillschweigend dulden können, weil die Existenz Rußlands im Süden durch dieses zweifellos kühne und bewundernswürdige Staatenunternehmen, das sich der österreichischen Unterstützung erfreuen durfte, ernstlich bedroht worden wäre. Im Uebrigen sei man im Irrthum, wenn man etwa glauben wolle, Alexander habe seine orientalischen Pläne endgültig

aufgegeben; im Gegentheil, der Fürst werde eines Tages die Welt mit der That sache überraschen, daß er mitten unter seinen Getreuen in Sofia weile und sein gefährliches und gewagtes Spiel aufs Neue beginne. Dann aber werde die russische Regierung auch nicht länger zögern mit der Veröffentlichung des Akten-Beweismaterials, welches zur Evidenz darthun werde, daß es unflug von den europäischen Mächten wäre, den Ufurpatoren gelüsten des Battenbergers Vorschub zu leisten.“

Die sensationelle Affaire, welche zehn Tage hindurch ganz Europa beschäftigte, ist im Begriff, von der Tagesordnung zu verschwinden. Herr Schnäbele ist frei, aber er wird nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Aus Paris wird hierüber gemeldet:

Schnäbele hatte vorgestern eine Unterredung mit Goblet, deren Resultat die Ertheilung eines zweimonatlichen Urlaubs bis zur Erreichung der Pensions-Altersgrenze und darauf folgende Pensionierung sein wird, so daß Schnäbele nicht in den Staatsdienst zurückkehrt. Flourens überzeugte sich aus den deutschen Akten, daß Schnäbele eingekerkert, er könne nicht mit Bestimmtheit angeben, auf welchem Gebiet die Verhaftung erfolgt sei. Schnäbele lobt allerwärts die ihm von den deutschen Behörden gewordene gute Behandlung. Die Regierung sowohl wie die Presse fordern nunmehr auf, die Angelegenheit zu begraben und die Selbstbespiegelung zu lassen. Schnäbele erhielt den stillsten Befehl, sich jedes Verkehrens mit der Presse zu enthalten.

Obwohl fast die gesammte französische Presse selbst Blätter wie das „L'Evénement“, eine Sammlung zur Beschaffung eines Kreuzes der Ehrenlegion mit Brillanten für Schnäbele aufzulegen, als kindisch und gefährlich bezeichnet, fährt dieses nur vom Heben lebende Blatt darin fort und hat bis heute namentlich unter den reichsständischen Emigranten 210 Franke zusammengebracht.

Der Polizeikommissar Gautsch hat dem „Temp“ folgenden Brief überhandt:

„In dem Artikel, welchen Sie in der Nummer vom 30. April veröffentlichten und welcher die dem auswärtigen Ministerium zu Berlin vom Reichsjustizamt gemachte Mittheilung betrifft, heißt es: „In Folge dieser Geständnisse beauftragte der Untersuchungsrichter Gautsch, der ihm zur Verfügung gestellt war, Schnäbele verhaften zu lassen. Ich bitte Sie in deutschen Blättern nachzusehen und zu berichtigen: Nicht Gautsch, sondern v. Tausch war dem Untersuchungsrichter

Feuilleton.

Der Nihilismus unter Kaiser Alexander III.

Unter obigem Thema bringt die „Köln. Z.“ folgende interessante Ausführungen:

Als Kaiser Alexander II. am 13. März 1881 ermordet wurde, hatte man in Rußland, selbst an berufenster Stelle, noch eine ganz falsche Ansicht über die Ausbreitung des Nihilismus. Trop der zahlreichen vorausgegangenen Mordversuche erhielt sich die Ansicht, daß die gesammte Nihilistenpartei aus einer verhältnißmäßig geringen Zahl, vielleicht einigen hundert, unzufriedenen Persönlichkeiten bestehe, die wohl auch versuchten, jüngere zu werben, namentlich um Werkzeuge für ihre Mordpläne zu finden. Von der Ausdehnung und der Verzweigung, die der Nihilismus langsam, aber sicher in allen Schichten der Bevölkerung gewonnen, hatte man damals noch keine Ahnung. Glaubte man doch sogar, der fürchterliche Kaiserermord sei nur das Werk einiger Bösewichter. In der Gerichtsitzung vom 9. April 1881 äußerte sich der erste Staatsanwalt Murawiew in seiner Anklagerede u. a.: „... Hieraus läßt sich eine sehr einfache und entscheidende Schlussfolgerung ziehen. Die Theilnehmer am Verbrechen vom 1. März sind festgestellt. Man kann einzelne aufzählen, ohne einen Fehler zu begehen.“ (Es werden elf Personen bezeichnet.) „Von diesen elf Personen sind zwei verstorben, drei bisher nicht ausfindig gemacht und sechs befinden sich hier vor Gericht.“

Also nur 11 Personen sollten Mithäuldige

an jenem Verbrechen gewesen sein. Der Hauptankstifter desselben, Scheljabow — gradezu das Urbild eines Verschwörers — hatte zwar in einer früheren Sitzung gesagt, es hätten sich ihm gegenüber 47 Personen bereit erklärt, sich selbst zu opfern, wenn man nur das Ziel erreiche. Man glaubte ihm damals nicht. Wie sich jetzt herausstellt, sind bereits weit über hundert Personen als Theilnehmer an jenem Verbrechen verurtheilt worden und deren Zahl ist noch nicht erschöpft.

Wenigere Jahre später glaubte man noch in den Nihilisten eine Verschwörergesellschaft von begrenzter Zahl vor sich zu haben. Bezeichnend hierfür ist eine Mittheilung des „Brawitelswenni Westnik (Regierungsanzeiger) vom 20. April 1883 über den damals oben bemerkten „Prozess der Siebezn“. Es heißt dort: „Durch gerichtliche Urtheile, wie sie in den Jahren 1880 bis 1882 sowohl von Zivil- wie in Militärgerichten gefällt wurden, war das Bestehen einer geheimen verbrecherischen Gesellschaft festgestellt worden, die sich „russische sozial-revolutionäre Partei“ nannte und den Zweck verfolgte, im Wege der Gewalt die staatliche Ordnung und gesellschaftliche Einrichtung umzustürzen. Sie verübte zur Erreichung dieses Zweckes eine Reihe der allerwichtigsten Verbrechen, die ihren Höhepunkt in der Missethat vom 1. März 1881 erreichten. Eine beträchtliche Zahl von Mitgliedern der oben bezeichneten verbrecherischen Gesellschaft, die sich auch den Namen „Partei des Volkswillens“ (Narodnaja wolja) beilegte, ist bereits gerichtet worden. Die Nachforschungen sowohl nach den bisher noch nicht aufgefundenen übrigen Mitgliedern der Gesellschaft als auch nach neuen Gesinnungsgenossen wurde seit Ende 1881 beständig fortgesetzt“ u. s. w.

Es war eben keine verbrecherische geschlossene Gesellschaft, wie die Regierung sie nannte, sondern eine verbrecherische Denkschrift und Partei, die „russisch sozial-revolutionäre Partei“, wie sie sich selbst nannte, eine Partei, an deren Bestehen jetzt niemand mehr zweifelt. Aus den vorerwähnten Schlussworten, Nachforschungen nach den noch nicht aufgefundenen übrigen Mitgliedern“ scheint sogar hervorzugehen, daß die Regierung sich der Hoffnung hingab, nach und nach aller Nihilisten habhaft zu werden. Beiläufig sei übrigens bemerkt, daß damals schon, d. h. 1883, etwa fünfzig Nihilisten wegen des Kaiserermordes verurtheilt waren, statt jener elf des Herrn Staatsanwalts.

Wenn auch die verbrecherische Partei nach dem Kaiserermorde durch die Festnahme vieler ihrer Führer vielleicht augenblicklich ohne eine entschlossene Leitung war, so ließ sie doch nicht einen Augenblick ihre Thätigkeit ruhen. Schon am 22. März 1881 erließ „das Exekutiv-Komitee“ eine sehr überspannte Bekanntmachung „An Europa“ zugleich mit einer solchen an Kaiser Alexander III. Letztere begann mit den Worten: „Majestät! Obgleich wir vollkommen die gedrückte Stimmung begreifen, in der Sie sich befinden, so glauben wir dennoch nicht das Recht zu haben, uns dem Gefühle des gewöhnlichen Zustandes hinzugeben, welches vielleicht forderte, für nachstehende Erklärungen einen andern Zeitpunkt abzuwarten.“

Die Bekanntmachung bringt dann einen Schwulst nihilistischer Redensarten, ist aber darum wissenschaftlich, weil sie die Bedingungen nennt, unter welchen die Nihilisten ihre Thätigkeit aufgeben wollen. Es heißt bezüglich derselben wört-

lich: „Ihrer sind unserer Meinung nach zwei: 1) allgemeine Amnestie aller Staatsverbrecher der früheren Zeit; denn es waren ja keine Verbrecher, sondern Vollstrecker einer harten Bürgerpflicht; 2) Berufung von Vertretern des ganzen russischen Volks zur Revision der Geseze des Staats wie des bürgerlichen Lebens und zu deren Reform nach dem Wunsche des Volks. Wie halten es jedoch für nöthig, daran zu erinnern, daß die Sanktionirung der höchsten Gewalt durch den Volkswillen nur dann erreicht wird, wenn die Wahlen vollkommen frei vorgenommen werden. Sie müssen also auf folgende Weise vollzogen werden: 1) Vertreter aller Klassen und Stände ohne Ausnahme werden nach Maßgabe der Einwohnerzahl gewählt. 2) Es dürfen keinerlei Beschränkungen weder für die Vertreter noch für die Wähler bestehen. 3) Wahlagitatorien wie Wahlen selbst müssen frei vollzogen werden, und daher muß die Regierung folgendes gestatten: a. volle Pressefreiheit, b. volle Freiheit der Rede, c. volle Versammlungsfreiheit, d. volle Freiheit der Wahlprogramme.“

Das war das Anfangsprogramm der nihilistischen Partei, welches sie aufstellte, obgleich oder weil sie unter dem schärfsten Druck der Regierung stand. Bemerkenswerth ist, daß die Nihilisten eine Klassenvertretung anstrebten.

Nach dem Kaiserermord trat ein Jahr scheinbarer Ruhe ein. Man hoffte, die Nihilisten, die verbrecherische „Gesellschaft“, hätten, der eifrigsten Führer und Mitglieder beraubt, ihre Thätigkeit eingestellt, wie etwa irgend eine Gesellschaft für Rübencultur oder Thierschutz wegen Mangels an Theilnahme eingeht. Aber man sollte sich sehr irren! Schon im März 1882 gaben die Nihil-

